

Verbesserung ihrer Arbeitssituation einzuschätzen.

Mit dem Einwand, die Kommission möge es dem Bewerber „nicht zum Nachteil anrechnen, daß er eine gewerkschaftliche und nicht eine sozialistische politische Position“ vertreten habe, drängen Fürsprecher in der Berufungskommission nicht durch.

Hochschullehrer und Studenten freilich, auch jene, die manchen Einwand des politischen Senats akzeptieren, deuten Rückfrage-Aktion und Berufungsdefizit durchweg als „politischen Schlag“. Und der politische Senat scheint diesmal wirklich entschlossen, den universitären Freiraum mit ein bißchen Pluralismus anzureichern.

„Da steckt doch ganz deutlich was dahinter“, analysiert das studentische Mitglied des Akademischen Senats Wolf Leschmann vom Marxistischen Studentenbund „Spartakus“, und er will auch wissen, was: „Wir sollen politisch entmachteter werden.“

Uni-Planer Heilbronn urteilt, „diese formale Korinthenkackerei“ diene ausschließlich der „Verschleierung der politischen Einschätzung“. Und selbst der liberale Uni-Kanzler Maaß konstatiert neben „berechtigter Kritik“, „Hilflosigkeit beim Senator“ und „empörende Fachaufsicht“.

Von Staatsräson gegängelt fühlen sich insbesondere Hochschullehrer und Studenten der Sozialpädagogik und im Bereich „Berufsbildendes Schulwesen“ — beides progressive Disziplinen, mit denen die Uni Bremen einst zu prunken gedachte. „Hier können Sauereien passieren“, so die Sozialpädagogin Annelie Keil, „die sich kein Hochschullehrer anderswo gefallen lassen würde.“

Die Studenten haben in der Mehrzahl ein Fachhochschul-Studium hinter sich, und Hochschullehrer sind kaum zu finden — was Einerlisten manchmal unumgänglich macht. Die Studiengänge sind neu konzipiert, der Bedarf ist angesichts der sozialen Defekte in der Gesellschaft und der Misere an Berufs- und Gewerbeschulen eklatant.

Freilich erregt das Engagement der Sozialpädagogen mancherorts den Verdacht, sie verfolgten neben progressiver Wissenschaft revolutionäre Randgruppen-Strategie. Das scheint offenbar die Bildungsbeamten in der Hochschulabteilung veranlaßt zu haben, nach Inhalt und Ziel des Studiengangs zu fragen — und alle elf Berufungsvorschläge (sämtlich Einerlisten) erst einmal zurückzugeben. Professorin Keil sucht derweil nach einem Ausweg: „Am besten spreche ich alles auf Band, und die Studenten hören sich das unten in der Halle auf dem Knutschkissen an.“

Andere Auswege sind einstweilen kaum auszumachen, und keiner weiß so recht eine Antwort auf die störrische Frage, die Uni-Rektor von der Vring dem Akademischen Senat weiterreichte: „Die Studenten sind da, was machen wir bloß?“

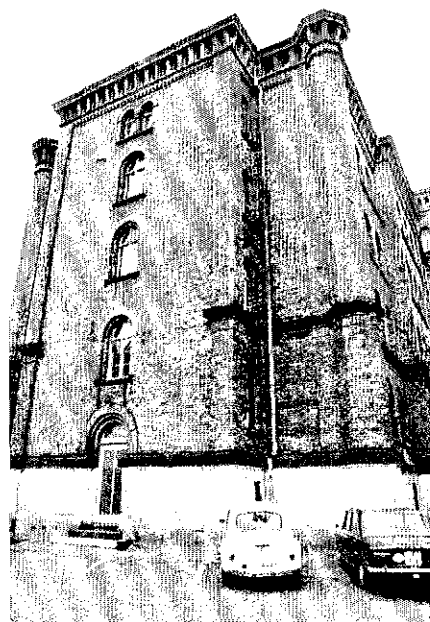
BANKEN

Wie die Neger

Deutsche Gewerkschaften beschuldigen die American-Express-Bank, ihre Arbeitnehmer auszubeuten: Die US-Bank hält sich nicht an deutsches Arbeits- und Sozialrecht.

Der Bank der US-Streitkräfte in Europa, der „Amexco“ American Express International Banking Corporation (Military Banking Division), droht der Schalterschuß. Denn „ab sofort“ will der Betriebsrat der Frankfurter Hauptverwaltung die Einstellung neuer Mitarbeiter verhindern.

Der Boykott soll Arbeitsbedingungen abschaffen, die der Landesfachsekretär der Gewerkschaft Handel, Banken und



Amexco-Verwaltung in Frankfurt
„Manieren aus der Gründerzeit“

Versicherungen (HBV) in Hessen, Thomas Heyll, bündig so formulierte: „gesetzwidrig, skandalös und beschämend“.

Die Militär-Bank, so bestimmt das Nato-Truppenstatut, arbeitet ausschließlich für die US-Streitkräfte. Allein aus dem Wehrsold der in Deutschland stationierten 228 000 Amerikaner fließen über Giro- und Sparkonten der Bank in einem Jahr mehr als zwei Milliarden Dollar.

Auch wickeln die US-Klubs, PX-Läden und Shopping-Centers des European Exchange System ihre Geschäfte mit Amexco ab. Bei der Reise-Abteilung der Bank buchen die GIs und ihr Anhang, rund 155 000 Frauen und Kinder, Eisenbahn-, Flug- oder Schiffstickets samt Gepäckversicherung, Charterflüge und komplette Hotel- und Sightseeing-Arrangements, nach Wunsch auf Kredit.

Dabei verzehrt sich das vielseitige Institut in „reinen Dienstleistungen für die Army“, jammert Amexco-Personalchef Karl Talle.

Entsprechend unauffällig sind die 60 bundesdeutschen Amexco-Filialen. Das Portal der Europa-Zentrale in Frankfurt etwa, zwischen Mülleimern, parkenden Autos und Stacheldraht, dient zugleich als Notausgang im Seitenflügel der wilhelminischen Gutleutkaserne. Unter dem Bank-Computer liegt das Munitionsdepot der Army.

„Weil der deutsche Arbeitsmarkt leergefegt war“, erinnert sich Personalchef Talle, und weil sich Deutsche bei der Amexco nicht wohl fühlten (in einzelnen Abteilungen wechselte die Belegschaft im Jahr zweimal), sahen sich die Amerikaner nach arbeitswilligen Landsleuten um. Und dank Dollarverfall und DM-Teuerung gelang es ihnen auch, immer mehr Hausfrauen aus den US-Truppen-Siedlungen zu mobilisieren: In Amexco-Dienste traten nach und nach 500 „wives and other dependents“ (Frauen und andere Angehörige) von US-Soldaten.

Amexco traktierte die Landsleute „nach Recht und Billigkeit wie in den USA“, so Karl Talle. Das sieht so aus: geringeres Gehalt als die westdeutschen Kollegen, Höchsturlaub zehn Tage im Jahr, im Krankheitsfall zehn Tage Lohnfortzahlung, kein Essensgeld, kein 13. Monatsgehalt, keinen Sonderurlaub für Schwangere.

Besonders zu den westdeutschen Mutterschutzgesetzen fanden die Banker von Übersee kein rechtes Verhältnis: „Die Entbindungskosten bei der Army sind gratis, und der Sold des Mannes läuft weiter“, erläutert der Personalchef, und: „In den USA kann jeder so lange arbeiten, wie er will, auch bis zur Niederkunft.“

Diese Philosophie ging schließlich den westdeutschen Arbeitnehmervertretern zu weit. Gewerkschaft und Betriebsrat drängten auf den Abschluß eines Haustarifvertrages, um die Bank, die sich selbst als exterritorial versteht, zu deutschen arbeits- und sozialrechtlichen Usancen zu zwingen.

Über die Rauhreiter-Mentalität der US-Banker hatte schon früher die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft geklagt: „Die über 100 Jahre alte US-Amexco-Muttergesellschaft hat sich wohl aus ihrer Gründungszeit einige wildwestliche Pioniermanieren in die Gegenwart herübergerettet.“

Um zu verhindern, daß die „dependents“ auch künftig „wie die Neger in Südafrika behandelt“ (HBV-Heyll) werden, will die Gewerkschaft deshalb ihre Mitglieder zu deutsch-amerikanischer Solidarität aufrufen: Solange die amerikanischen Angestellten diskriminiert werden, soll sich auch kein Deutscher von der Bank engagieren lassen.